

## Protokoll über die öffentliche Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Energie und Mobilität

---

Sitzungsdatum: Donnerstag, den 01.12.2022  
Beginn: 17:01 Uhr  
Ende: 18:52 Uhr  
Ort, Raum: Hybridsitzung in der Gemeinschaftshalle Stirpe-Oelingen,  
Am Schützenplatz 3, 49163 Bohmte in Verbindung mit  
ZOOM-Videokonferenz

### **Anwesend:**

#### Stv. Vorsitzender

Arnd Sehlmeier

#### Ausschussmitglieder

Heinrich Ahlbrink  
Olaf Baum  
Patrick Buchsbaum  
Elisabeth Düvel  
Heinz-Josef Klanke  
Anne Paul

#### Grundmandat

Hildegard Sundmäker (ab TOP 5)

#### beratende Mitglieder

Hermann Asshorn  
Johannes Knapp

#### Von der Verwaltung

Erster Gemeinderat Lutz Birkemeyer  
Michelle Ochmann

#### Gast

Volker Westerhaus, Ingenieurb. Westerhaus  
(bis TOP 6)  
Kapillan Sivanesan, Ingenieurb. Westerhaus  
(bis TOP 6)

### **Abwesend:**

Vorsitzender Stefan Wienholt (entschuldigt)  
Ralf Kasper (entschuldigt)

## **Tagesordnung:**

### **Öffentlicher Teil**

- 1** Eröffnung der Sitzung
- 2** Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
- 3** Feststellung der Tagesordnung
- 4** Genehmigung des Protokolls vom 6. September 2022
- 5** Einwohnerfragestunde I
- 6** Errichtung eines kombinierten Rad-/Gehweges an der Wehendorfer Straße vom Kreuzungsbereich Osnabrücker Straße bis zum Ortsausgang  
Vorlage: BV/225/2022
- 7** Haushalt 2023  
Vorlage: BV/242/2022
- 8** Antrag der Ratsgruppe Die Grünen, Die Linke zur Bereitstellung von Haushaltsmitteln zur Beseitigung der im Radwegkonzept aufgezeigten Mängel und zur Planung und Errichtung eines Radweges entlang der Arenshorster Straße  
Vorlage: BV/277/2022
- 9** Antrag auf Maßnahmen zur Erhöhung der Verkehrssicherheit im Baugebiet Sonnenfeld  
Vorlage: BV/217/2022
- 10** Bericht der Verwaltung
- 11** Anträge und Anfragen
- 12** Einwohnerfragestunde II

## Öffentlicher Teil

### **zu 1 Eröffnung der Sitzung**

Der stellvertretene Ausschussvorsitzende Arnd Sehmeyer eröffnet die Sitzung und begrüßt alle anwesenden Ausschussmitglieder, die Verwaltung und die Vertreter des Ingenieurbüros Westerhaus.

### **zu 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit**

Der stellvertretene Ausschussvorsitzende Arnd Sehmeyer stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit fest.

### **zu 3 Feststellung der Tagesordnung**

Die Tagesordnung mit den Tagesordnungspunkten 1 – 12 wird festgestellt.

### **zu 4 Genehmigung des Protokolls vom 6. September 2022**

Das Protokoll über die Sitzung vom 6. September 2022 wird genehmigt.

### **Abstimmungsergebnis:**

Ja:	7
Nein:	0
Enthaltung:	0

### **zu 5 Einwohnerfragestunde I**

keine Wortmeldungen

### **zu 6 Errichtung eines kombinierten Rad-/Gehweges an der Wehrendorfer Straße vom Kreuzungsbereich Osnabrücker Straße bis zum Ortsausgang Vorlage: BV/225/2022**

Die Errichtung eines Rad- und Gehweges an der Wehrendorfer Straße zwischen dem Kreuzungsbereich Osnabrücker Straße und Ortsausgang wurde bereits verschiedentlich politisch beraten.

Seinerzeit wurde das Ingenieurbüro Westerhaus, Bramsche mit der Erarbeitung einer Planung beauftragt. Das Büro hat grds. zwei verschiedene Optionen für die Errichtung eines Rad-/Gehweges an der Wehrendorfer Straße erarbeitet. Einerseits wurde die getrennte Anlage eines Fuß- und Radweges projektiert, der barrierefrei ausgestaltet werden soll. Andererseits wurde die Errichtung eines barrierefreien kombinierten Rad-/Gehweges an der Westseite geplant.

Details zur Aufgabenstellung ergeben sich aus dem den Ratsmitgliedern vorliegenden Erläuterungsbericht und den beigelegten Planskizzen.

Je nach Wahl der in Rede stehenden Variante betragen die Herstellungskosten bei der Variante 1b (getrennte Führung des Rad-/ Gehweges als barrierefreier Ausbau) rund 590 TEUR und bei der Variante 2 (kombinierter barrierefreier Rad- und Gehweg an der Westseite) rund 390 TEUR. Zu diesen reinen Baukosten ist ein Aufschlag von rund 15 % als Pauschalanteil für entstehende Baunebenkosten hinzuzurechnen.

Somit ergeben sich für die Variante 1b (getrennte Führung des Rad-/ Gehweges als barrierefreier Ausbau) Gesamtkosten von rund 687.500,- € und für die Errichtung eines kombinierten Rad-/Gehweges Gesamtherstellungskosten von rund 448.500,- €.

Die erarbeiteten Planungen werden in der Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Energie und Mobilität durch das Ingenieurbüro vorgestellt.

Politisch ist zu entscheiden, welche Variante zur Ausführung gelangen soll. Nachgelagert wären dann zunächst entsprechende Förderanträge zu stellen.

Herr Birkemeyer erläutert kurz den Inhalt der Vorlage und bittet, aufgrund der beabsichtigten Beantragung von Fördermitteln, eine Vorzugsvariante für die Ausführung politisch zu beschließen.

Anschließend erläutern Herr Westerhaus sowie Herr Sivanesan die erarbeiteten Planungen in den wesentlichen Zügen.

Herr Buchsbaum fragt im Anschluss, warum die vorhandene Hecke bei der Variante 2 (kombinierter Rad- und Gehweg) von der Straße in Richtung der vorhandenen Bebauung verlegt werden soll. Er findet, dass die Hecke zwischen dem aktuellen Weg und der Straße als bessere Begrenzung fungiert.

Herr Westerhaus erklärt, dass für die vorgeschriebenen Abstände zu wenig Fläche vorhanden ist. Damit kein Eingriff in die Fahrbahn erfolgen muss, soll die Hecke an die Bebauung verlegt werden.

Herr Knapp findet den Grünstreifen/die Hecke an der Wehrendorfer Str. auch wichtig. Die geplanten Einmündungen sieht Herr Knapp als Vorteil für die Radfahrer an. Er schlägt vor, gegenüber der Einmündung Südstraße eine Bordsteinabsenkung für die Radfahrer mit einzuplanen.

Frau Sundmäker verweist auf die schlechte Einsicht von links, kommend aus der Clamorstraße, wenn Autos vor dem Haus Wehrendorfer Str. 22 parken. Hierzu teilt Herr Westerhaus mit, dass bei beiden Varianten die Parkstreifen entlang der Wehrendorfer Str. wegfallen. Außerdem ist die genannte Fläche eine Privatfläche, so Herr Westerhaus weiter. Dort besteht keine Eingriffsmöglichkeit im Zuge der Baumaßnahme für den geplanten Rad-/Gehweg, um die Einsichtnahmesituation zu verbessern.

Herr Klanke fragt erneut, warum ab der Einmündung Clamorstr. in Richtung Wehrendorfer Str. der Grünstreifen nicht an der Fahrbahn bestehen bleiben kann.

Zwischen dem geplanten kombinierten Rad- und Gehweg und der Fahrbahn muss ein Sicherheitstrennstreifen bestehen bleiben, erklärt Herr Westerhaus. Wenn die Radwegführung auf einem Rad-/Gehweg erfolgt, der mittels Hochbord abgegrenzt wird, könnte man ggfs. auch direkt an die Fahrbahn ranrücken, teilt Herr Westerhaus weiter mit. Dies bedürfe aber weiterer Abstimmungen mit dem Straßenbaulastträger.

Frau Paul spricht sich für die Variante des kombinierten Rad- und Gehwegs und für die Errichtung eines Hochbords aus.

Herr Sehlmeyer fragt an, ob der Einmündungsbereich zur Bremer Str. auf der Seite zur Bahnlinie hin so aufwendig saniert werden muss. Aus seiner Sicht, könnte man den Bereich so bestehen lassen wie er sich derzeit darstellt

Herr Westerhaus antwortet, dass die geltenden Vorschriften einen anderen Ausbau nicht zu lassen. Dies Notwendigkeit ergibt sich insbesondere auch in Hinblick eines barrierefreien Ausbaus.

Herr Ahlbrink schlägt vor, in dem Bereich Einmündung Clamorstraße eine farbliche Pflasterung einzuplanen. Dadurch sollen die Autofahrer auf den Rad- und Gehweg optisch aufmerksam gemacht werden. Wünschenswert findet er ebenfalls, auch auswärts der Wehrendorfer Str., den Grünstreifen zwischen Rad- und Gehweg und Fahrbahn zu belassen. Hierzu sollte mit dem Straßenbaulastträger gesprochen werden.

Herr Westerhaus gibt den Hinweis, dass der Einmündungsbereich Clamorstr. mit Rampensteinen (sog. Sinussteinen) versehen werden kann.

Herr Sehlmeyer appelliert, weitere Detailfragen zu den Varianten im Nachgang zu besprechen. Grundsätzlich geht es hier um die Frage, welche der Planungsvarianten weiterverfolgt werden soll.

Herr Baum spricht sich aus finanzieller Sicht für den kombinierten Rad- und Gehweg aus. Ferner möchte er wissen, warum der Asphalt der Wehrendorfer Straße in Teilen aufgenommen werden müsse. Dieser sei erst kürzlich neu gemacht worden. Ferner fragt er, warum in Fahrtrichtung Wehrendorf Hochborde gesetzt werden müssen. Die einschlägigen Richtlinien und DIN-Vorschriften geben diese Bauweise so vor, (Fahrbahn, Hochbord, Hecke, Rad- und Gehweg) antwortet Herr Westerhaus.

Herr Sehlmeyer sieht das Hochbord auch als entbehrlich an. Wenn die Landesbehörde dieses als notwendig sieht, sollte diese auch finanziell dabei unterstützen.

Herr Sivanesan spricht sich für einen normkorrekten Ausbau aus. Dies müsse allein schon vor dem Hintergrund erfolgen, weil beabsichtigt sei Fördermittel für die Maßnahme einzuwerben.

Weiter gibt Herr Sivanesan den Hinweis, dass der jetzige Gehweg aufgrund des Höhenunterschieds zur Fahrbahn auch mit einem Hochbord versehen ist.

Herr Baum schlägt vor, von der Bremer Str. bis zu der Einmündung Clamorstr. einen getrennten Rad- und Gehweg zu errichten. Somit könnte der aktuelle Gehweg bestehen bleiben und die jetzigen Parkbuchten könnten als Fläche für den kombinierten Rad-/Gehweg genutzt werden.

Die Vertreter des Büros Westerhaus erklären, dass der jetzige Bürgersteig laut den geltenden Vorgaben derzeit zu schmal ausgebaut ist. Somit wäre ein Beibehalten der vorhandenen Infrastruktur nicht möglich, erklärt Herr Sivanesan.

Bei einer Neuerrichtung einer derartigen Anlage sollte auch alles nach den rechtlichen Vorgaben geplant und umgesetzt werden, so Herr Westerhaus. Ein Gehweg muss eine Breite von min. 2,50 m und ein kombinierter Rad- und Gehweg eine Breite von min. 3,00 m haben (davon 50 cm Sicherheitstrennstreifen zur Fahrbahn).

Herr Klanke spricht sich auch dafür aus, dass der Einmündungsbereich Clamorstr. optisch markiert wird. Eine farbliche Markierung wäre kostengünstig und würde für Sicherheit sorgen. Herr Westerhaus antwortet, dass eine Markierung möglich ist.

Der Rad- und Gehweg soll so geplant werden, dass dieser förderfähig ist, so Frau Paul.

Weiter befürwortet sie die Hecke an der Fahrbahn und eine rote Markierung im Einmündungsbereich Clamorstr..

Herr Sehlmeyer ist dafür, die Landesbehörde als Straßenbaulastträger bei dem Thema mit einzubinden und weitere Detailfragen zu den Varianten weiter zu bearbeiten.

Herr Birkemeyer fasst folgende Punkte zusammen: es soll ein Gespräch mit der Landesbehörde geführt werden um zu klären, ob die Hecke über die gesamte Länge an die Fahrbahn heranrücken kann. Ferner sollte geklärt werden, ob die Hochbordanlage auf gesamter Länge notwendig ist. Außerdem sollte die farbliche Markierung an der Clamorstr. mit in die Planung eingearbeitet werden.

Herr Sehlmeyer findet weiterhin, dass der linke Bereich zur Einmündung Bremer Str. keiner Sanierung bedarf. Dieses sollte ebenfalls nochmal abgeklärt werden.

Abschließend bedankt sich Herr Sehlmeyer bei Herrn Westerhaus und Herrn Sivanesan vom Ingenieurbüro Westerhaus, Bramsche für die Ausführungen.

### **Beschluss:**

Der Ausschuss Umwelt, Energie und Mobilität empfiehlt dem Verwaltungsausschuss für die Errichtung eines Rad- und Gehweges an der Wehrendorfer Straße die Variante 2 (kombinierter Rad- und Gehweg) zu beschließen.

### **Abstimmungsergebnis:**

Ja:	7
Nein:	0
Enthaltung:	0

## **zu 7      Haushalt 2023 Vorlage: BV/242/2022**

Herr Birkemeyer erläutert die für den Ausschuss Umwelt, Energie und Mobilität betreffenden Inhalte im Haushaltsplanentwurf für das Haushaltsjahr 2023. In der Haushaltsklausur am 11./12. November 2022 wurde der Haushaltsplanentwurf ausführlich erläutert.

Einen verlässlichen Haushalt in diesen besonderen Zeiten aufzustellen ist ein sehr schwieriges Unterfangen, so Herr Birkemeyer.

Herr Birkemeyer sagt, dass bis auf die geplante Sanierung der Arenshorster Straße im Siedlungsbereich keine nennenswerten Investitionen geplant sind, die diesen Ausschuss betreffen. Bezüglich der Unterhaltung Straßen, Wege und Plätzen wird man sich auf das absolut notwendige Minimalmaß reduzieren müssen.

Weiter teilt Herr Birkemeyer den Ausschussmitgliedern mit, dass man bezüglich der Sanierung des Shared Spaces mit Firma Dallmann weiterhin im Austausch steht und die Fördermittel für den Rad- und Gehweg an der Wehrendorfer Str. beantragt werden sollen.

Das Konzept für den Klimaschutzmanager wird bei der entsprechenden Behörde erst voraussichtlich im 2. Quartal 2023 bearbeitet, erklärt Herr Birkemeyer. Demnach wird die Einstellung eines Klimaschutzmanagers unter Umständen erst in 2024 erfolgen können.

Der Ausschuss Umwelt, Energie und Mobilität nimmt die Ausführungen der Verwaltung zur

Kenntnis und verweist auf die anstehenden Beratungen im Verwaltungsausschuss und im Rat. Eine Beschlussfassung erfolgt an dieser Stelle nicht.

**zu 8      Antrag der Ratsgruppe Die Grünen, Die Linke zur Bereitstellung von Haushaltsmitteln zur Beseitigung der im Radwegekonzept aufgezeigten Mängel und zur Planung und Errichtung eines Radweges entlang der Arenshorster Straße  
Vorlage: BV/277/2022**

Die Ratsgruppe „Die Grünen, Die Linke“ im Rat der Gemeinde Bohmte hat mit Schreiben vom 10. November 2022 beantragt entsprechende Haushaltsmittel bereitzustellen, damit die im Radwegekonzept aufgezeigten Mängel beseitigt und die Errichtung des Radweges an der Arenshorster Straße umgesetzt werden kann.

Entsprechende Haushaltsmittel wurden im Verwaltungsentwurf des Haushaltsplanes 2023 bislang in Anbetracht der allgemein schwierigen Haushaltslage nicht eingestellt.

In der Fachausschusssitzung gilt es also zu entscheiden, ob und in welcher Höhe entsprechende Haushaltsmittel in den Ergebnishaushalt bzw. den Investitionshaushalt aufgenommen werden sollen.

Der Ausbau des Radwegenetzes wurde in allen Gremien als erforderlich angesehen und müsste daher ein Selbstläufer sein, erläutert Herr Ahlbrink.

Herr Ahlbrink erläutert im Namen der Ratsgruppe „Die Grünen, Die Linke“ den eingereichten Antrag. Er regt an, diesen vor dem Hintergrund der kritischen Haushaltslage zu modifizieren. Für das Jahr 2023 sollen demnach keine Haushaltsmittel eingestellt werden. Der neue Vorschlag der Gruppe lautet, im Jahr 2024: 50.000 €, 2025: 250.000 € und 2026: 500.000 € Haushaltsmittel einzustellen. Herr Ahlbrink betont, dass diese Themen in den Gremien auf der Tagesordnung bleiben müssen.

Da für das Jahr 2023 keine Haushaltsmittel eingestellt werden sollen, ist eine Abstimmung der Ausschussmitglieder entbehrlich, findet Herr Sehlmeier.

Herr Ahlbrink spricht sich dafür aus, dass der Ausschuss eine Empfehlung abgibt und diese zumindest die genannten Zahlen beinhaltet.

Da der eingestellte Antrag nunmehr modifiziert wurde und innerhalb der Fraktionen noch keine Beratung erfolgen konnte, hält Herr Sehlmeier nochmal fest, dass zu diesem Zeitpunkt keine Abstimmung erfolgen kann.

Herr Birkemeyer ergänzt hierzu, dass der Antrag auch bereits auf den Tagesordnungen des nächsten Verwaltungsausschusses und des Finanzausschusses steht. Somit sollte eine Entscheidung getroffen werden, inwiefern Mittel für laufenden Unterhaltungsmaßnahmen und Instandsetzungen bzw. für Investitionen eingeplant werden sollten. Dies betreffe unterschiedliche Haushaltsbereiche.

Herr Ahlbrink erklärt, dass der modifizierte Antrag im Verwaltungsausschuss beraten werden soll und für die Jahre 2024 – 2026 die entsprechenden Mittel eingestellt werden sollen. Die antragsstellende Gruppe würde sich bis zur Finanzausschusssitzung hierzu Gedanken machen.

Die SPD würde den modifizierten Antrag unterstützen, erklärt Herr Buchsbaum. Bis zur nächsten VA-Sitzung kann die Beratung zu dem modifizierten Antrag in den Fraktionen

erfolgen und über die konkreten Summen, die in den nächsten Jahren eingestellt werden sollen, gesprochen werden. Weiter spricht sich Herr Buchsbaum dafür aus, das Thema auf der Agenda zu lassen, da es sonst in Vergessenheit gerät.

Frau Paul spricht sich im Namen der CDU auch dafür aus, dass aus Haushaltsgründen bis zur nächsten Finanzausschusssitzung eine Abstimmung in den Fraktionen erfolgen soll.

Herr Sehlmeier betont, dass vor dem Hintergrund der aktuellen Haushaltslage Prioritäten gesetzt werden müssen. Da die Fraktionen über den beantragten und nicht über den modifizierten Antrag beraten haben, schlägt er vor, keine Abstimmung vorzunehmen. Dem ursprünglichen Antrag würde die CDU nicht zustimmen können, erklärt Herr Sehlmeier.

Die Ausschusssmitglieder einigen sich, dass über den modifizierten Antrag in dem nächsten Verwaltungs- und Finanzausschuss abgestimmt werden soll und eine Abstimmung an dieser Stelle entfällt.

**zu 9           Antrag auf Maßnahmen zur Erhöhung der Verkehrssicherheit im Baugebiet  
Sonnenfeld  
Vorlage: BV/217/2022**

Die Anwohner in der Straße Sonnenfeld in der Ortschaft Bohmte haben mit Schreiben vom 27. Juli 2022 in einem Brief an die Verwaltung die Verkehrssituation im Baugebiet geschildert. Neben einer Unterschriftenliste waren dem Brief auch Fotos von der örtlichen Situation beigelegt.

Dass an die Verwaltung gerichtete Schreiben nebst Anlagen liegt den Ratsmitgliedern vor.

Die Straßen Sonnenfeld wurde seinerzeit als Tempo-30-Zone hergerichtet und ist auch entsprechend beschildert.

Sofern nun verkehrsberuhigende Maßnahmen ergriffen werden sollen, ist zunächst zu klären, welche verkehrsberuhigenden Maßnahmen konkret (Spielstraße oder Fahrbahnschwellen) ergriffen und nachgelagert wie die dafür entstehenden Kosten getragen werden sollen.

Der eingereichte Antrag wird hiermit zur politischen Beratung gestellt

Herr Birkemeyer erläutert den eingereichten Antrag der Anlieger und erklärt, dass es sich bei der Straße „Sonnenfeld“ um eine reine Anliegerstraße mit Sackgassenfunktion handelt. Demnach gibt es keinen Durchgangsverkehr. Er stellt die Frage, wie bezüglich des Antrages weiterverfahren werden soll. Ggfs. könnte auch eine Beteiligung der Anlieger an den entstehenden Kosten diskutiert werden.

Herr Knapp verteilt einen Ausschnitt aus der Begründung zum Bebauungsplan Nr. 107 „Sonnenfeld“ und ein Foto der endausgebauten Straße. Laut Begründung sollten demnach mehrere Verkehrsinseln als Verkehrsberuhigung errichtet werden, so Herr Knapp. Daher wäre zunächst zu klären, was bei der Ausführung des Endausbaus schiefgelaufen ist.

Frau Paul sagt, dass der Endausbau mit den Anliegern besprochen wird. Sie fragt, ob das an der Stelle passiert ist und ob die Anlieger der Tempo-30-Zone ohne entsprechende Aufpflasterung zugestimmt haben. Wenn dies bejaht werden kann, müssten die Anlieger bei den Kosten beteiligt werden. Weiter fragt Sie, ob diese Schritte durch die Verwaltung eingehalten worden sind.

Herr Ahlbrink antwortet, dass die Gemeinde der falsche Adressat ist und in dem Fall nur für die Widmung der Straße zuständig ist. Die Erschließung und Vermarktung des Baugebietes erfolgte durch einen privaten Dritten.

Herr Birkemeyer erklärt, dass das Baugebiet durch die Vereinigte Volksbank eG Bramgau Osnabrück Wittlage vermarktet, erschlossen und auch endausgebaut wurde. Die Gemeinde Bohmte hatte daher nur bedingt Einfluss, war aber vermutlich bei der Abstimmung des Endausbaus involviert.

Herr Birkemeyer sagt zu, dass zu dem Thema Gespräche mit der Vereinigten Volksbank eG Bramgau Osnabrück Wittlage geführt werden sollen, um aufzuklären, warum der Ausbau so erfolgt ist wie er sich nun in der Realität darstellt.

Herr Buchsbaum bittet den per Video dazugeschalteten Antragsteller, den Antrag zu erläutern.

Die Sitzung wird ca. 5 Minuten unterbrochen, um den Anlieger zu Wort kommen zu lassen.

Herr Sehlmeier hält fest, dass offenbar viele Punkte noch zu klären sind und die Vereinigte Volksbank eG Bramgau Osnabrück Wittlage in den Prozess mit einbezogen werden muss.

Abschließend hält Herr Sehlmeier fest, dass die Fraktionen über den Vorgang weiter informiert werden sollen und eine Beratung in der nächsten Sitzung erfolgen soll.

### **Beschluss:**

Die Verwaltung soll die Hintergründe für den vorgenommenen Endausbau der Straße „Sonnenfeld“ klären. So dann soll der Punkt wieder auf die Tagesordnung des Ausschusses für Umwelt, Energie und Mobilität und in der nächsten Sitzung beschlossen werden.

### **Abstimmungsergebnis:**

Ja:	7
Nein:	0
Enthaltung:	0

## **zu 10 Bericht der Verwaltung**

Herr Birkemeyer berichtet, dass die Wegebauvorhaben der Flurbereinigung Bohmte-Nord im 2. Abschnitt und in Hunteburg im 1. Abschnitt abgeschlossen werden konnten.

Die Ausschreibung für die Flurbereinigung Hunteburg erfolgte nach dem Kriegsausbruch, weshalb aufgrund drastischer Kostensteigerungen einige Straßenzüge in diesem Geltungsbereich rausgenommen werden mussten, so Herr Birkemeyer. Das Amt für regionale Landesentwicklung (ArL) gab jüngst dazu eine positive Nachricht an die Verwaltung. Für die Flurbereinigung Hunteburg könnte eine Nachfinanzierung in Höhe von bis zu 750.000 € vom ArL bewilligt werden. Die Gemeinde Bohmte müsste in 2024 allerdings eine Co-Finanzierung von 250.000 € sicherstellen, so dass insgesamt ein Betrag von 1,0 Mio. Euro verbaut werden könnten.

Herr Birkemeyer bittet die Fraktionen, diese Angelegenheit in näherer Zukunft zu beraten.

Herr Klanke fragt, ob der Zuschuss nur für die Flurbereinigung Hunteburg vorgesehen ist. Dies bejaht Herr Birkemeyer und teilt mit, dass es nur um den Geltungsbereich der Flurbereinigung Hunteburg geht.

Herr Sehlmeyer bittet abschließend auch nochmal darum, dass dieses Thema in den Fraktionen beraten wird.

## zu 11 Anträge und Anfragen

Herr Sehlmeyer fragt an, ob auch an anderer Stelle in der Gemeinde Sicherheitsstreifen für Radfahrer abmarkiert werden könnten. In anderen Gemeinden und Ortschaften werden die Radwege auf den Straßen markiert. Dies sei auch günstiger als eine Flächenversiegelung für die Neuanlage eines kompletten Radweges.

Herr Birkemeyer findet den Vorschlag gut, gibt aber den Hinweis, dass dieses gem. StVO nicht als Radweg benannt werden darf. In Hunteburg sind die Markierungen im übrigen auch vorzufinden.

Laut Herrn Baum gab es in der Vergangenheit schonmal Beratungen, solche Markierungen in dem Bereich Bremer Str./Shared Space vorzunehmen. Dieses sei aber abgelehnt worden und er schlägt vor, nochmal das Gespräch mit der Straßenbaubehörde zu suchen.

Herr Knapp findet, dass erstmal die kleinen Dinge erledigt bzw. verbessert werden sollen.

Herr Klanke schlägt vor, die Markierungen vom Kreisverkehr Hauptstr./Dammer Str. bis zum Feuerwehrhaus Hunteburg vorzunehmen.

Herr Ahlbrink hält die Markierungen auf der Bremer Str. für zu gefährlich und spricht sich gegen diese aus. Alleine die Markierungen auf der Straße geben den Radfahrern nicht genügend Sicherheit und sind keine gute Lösung. Es sollten erst die Straßen betrachtet werden, wo die Markierungen möglich sind. Die Möglichkeit des sicheren Radfahrens, sollte auch entsprechen umgesetzt werden, so Herr Ahlbrink.

## zu 12 Einwohnerfragestunde II

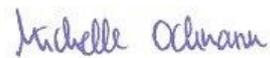
Keine Wortmeldungen



Arnd Sehlmeyer  
Stv. Ausschussvorsitzender



Lutz Birkemeyer  
Erster Gemeinderat



Michelle Ochmann  
Protokollführerin